

Das Landesumweltamt schrieb in eine Pressemitteilung im August auf der Internetseite des Ministeriums:

„Im Oberlauf der Spree und in den Zuflüssen auf sächsischem Gebiet hat sich die Niedrigwassersituation durch ausbleibende Niederschläge zugespitzt. Es ist nicht auszuschließen, dass einzelne Flussabschnitte im Einzugsgebiet der Spree trockenfallen. Die Talsperre (TS) Bautzen ist aktuell noch zu 48 Prozent gefüllt und kann die Niedrigwasseraufhöhung der Spree noch fortführen. Ihre derzeitigen Zuflüsse sind auf einem historischen Tiefstand und betragen lediglich ein Fünftel vom Normalwert für den Monat August. Die Talsperre Quitzdorf kann nach wie vor kein Wasser bereitstellen. Im Speicherbecken Bärwalde stehen nur noch 13 Prozent des Speichervolumens zur Verfügung. Im Rahmen der operativen Bewirtschaftung ist es der Ad-hoc-AG „Extremsituation“ gelungen, weitere Kapazitäten aus dem Speicherbecken Lohsa I zu erschließen. Das noch verfügbare Speichervolumen der sächsischen Speicher kann voraussichtlich noch bis Ende September in geringem Maße zur Stützung der Abflüsse in der Spree verwendet werden.

Bereits seit 2018 führt die Landestalsperrenverwaltung Gespräche mit Fischereibetrieben als größten sächsischen Wassernutzern, um den notwendigen Wasserbedarf zur Bewirtschaftung der Teiche auf ein Minimum zu reduzieren, ohne dabei größeren Schaden zu verursachen.

Gisela Reetz, Staatssekretärin im sächsischen Umweltministerium: „Wir haben in den sächsischen Speichern deutlich weniger Wasser und die Situation spitzt sich zu. Deshalb gilt es kurzfristig, Wasser zu sparen. Zugleich zeigt die Lage, wie wichtig die gute und enge Zusammenarbeit mit Brandenburg und Berlin ist. Darüber hinaus ist das Wasserproblem in der Lausitz auch eine Folge des Braunkohlebergbaus. Klar ist, dass die Lösung dieses Problems nicht nur in der Verantwortung der betroffenen Ländern liegen kann. Außerdem wird mehr als deutlich, wie dringlich wir den Klimawandel begrenzen müssen.“

Die aktuellen Abflüsse in der Spree waren schon lange nicht mehr so gering. Dabei machen die Sumpfungswässer des Bergbaubetreibers aktuell circa 60 Prozent des Gesamtabflusses der Spree in Spremberg kurz nach der Landesgrenze Sachsen/ Brandenburg aus. Einerseits sind die Sumpfungswässer langfristig betrachtet ein Teil des aktuellen Wassermengenproblems in der Lausitz. Aktuell wirken sie jedoch stabilisierend für den Abfluss der Spree und sind bei der zukünftigen Bewirtschaftung zu berücksichtigen.

Die Talsperre Spremberg erhielt in den vergangenen Wochen einen sehr niedrigen Zufluss von etwa sechs Kubikmeter pro Sekunde. Der Wasserstand der Talsperre Spremberg beträgt 90,19 Meter NHN (Normalhöhennull). Damit wurde das Absenkziel für Anfang September bereits jetzt unterschritten. Zur Schonung der Wasserreserve der Talsperre Spremberg wurde die Abgabe auf 6,6 Kubikmeter pro Sekunde reduziert. Die schnelle Abnahme des Wasserstandes konnte somit von vier Zentimeter pro Tag auf ein bis zwei Zentimeter pro Tag verringert werden. Zur Stützung des Unterpegels Leibsch am Ausgang des Spreewaldes waren im Gegenzug einschneidende Maßnahmen erforderlich. Im Spreewald wurden der Abfluss vorrangig auf die Hauptspreewald und im weiteren Verlauf auf den Puhlstrom verlagert und erste Schleusen in Richtung des Dahmeinzugsgebiets geschlossen. Zahlreiche Ableiter im Spreewald mussten nach Abwägung aller Belange ebenfalls geschlossen werden. Dort ist für Anlieger ein einschneidender Wassermangel eingetreten.

Brandenburgs Umweltstaatssekretärin Silvia Bender: „Die über mehrere Jahre andauernde Trockenheit zwingt uns nun zu den zum Teil einschneidenden Maßnahmen im Spreewaldgebiet. Die gute Zusammenarbeit in der länderübergreifenden Ad-hoc

Expertengruppe bietet die fachliche Grundlage, angemessen auf die Extremsituation reagieren zu können. Die Anpassung an den Klimawandel – auch vor dem Hintergrund des Braunkohleausstiegs- wird uns länderübergreifend auch in den nächsten Jahren besonders fordern. Für Brandenburg arbeiten wir zurzeit an einem Niedrigwasserkonzept – den Entwurf wollen wir dieses Jahr vorlegen.“

Zur Sicherung der Wasserstände und der Wasserbeschaffenheit in Berlin ist ein ausreichender Zufluss über Spree und Dahme erforderlich. Dieser ist aktuell mit circa drei bis vier Kubikmeter pro Sekunde bereits sehr niedrig. Die Berliner Wasserwerke fördern Rohwasser für die Trinkwasserversorgung der wachsenden Mehrmillionenmetropole überwiegend über Uferfiltrat aus Spree und Havel im Stadtgebiet.

Zur Stützung des Berliner Wasserhaushaltes wurden neben der Einführung von Sammelschleusungen zur Verringerung der Wasserverluste aus den Stauhaltungen auch sämtliche Wehre der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes und des Landes Berlin geschlossen oder stark gedrosselt.

Stefan Tidow, Staatssekretär für Umwelt und Klimaschutz: „Die drei Bundesländer nehmen die Lage sehr ernst und arbeiten seit mehr als drei Jahren an der Bewältigung aktueller Herausforderungen eng zusammen. Für die Berliner Trinkwasserversorgung ist die Spree die wichtigste Versorgungsader. Auch wenn die Versorgung durch die jetzige Situation nicht gefährdet ist, wirft sie ein Schlaglicht auf die Herausforderung vor der wir stehen. Berlin bereitet sich darauf vor und arbeitet an einem Masterplan, um in den kommenden Jahrzehnten gewappnet zu sein. Dazu gehören auch Investitionen in die Wasserinfrastruktur zur Bewältigung extremer Wetterlagen, etwa in Wasser- und Pumpwerke sowie die Regenwasserbewirtschaftung. Die Auswirkungen des Klimawandels werden für unsere Metropole spürbar und mahnen zu engagiertem Handeln.“